

Mit dem Radikalumbau der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes gefährdet die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Die Beschäftigten der Ämter und Direktionen der WSV und die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sind in großer Sorge um die Zukunft der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Die Debatte um eine Neuordnung der Wasserstraßen und der WSV, verbunden mit einer grundsätzlichen Kritik an der Arbeit der Verwaltung, verunsichern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist mit seinen Plänen, eine Kategorisierung und Priorisierung der Wasserstraßen in Deutschland vorzunehmen, bei Gewerkschaften, Wirtschaftsunternehmen, Verbänden und aus den Ländern auf massive Kritik gestoßen. Auch innerhalb der Regierungskoalition ist das Vorhaben nicht unumstritten. Das Ziel einer grundlegenden Reorganisation der Behörde, einhergehend mit einer drastischen Reduzierung der Beschäftigtenzahl im FacharbeiterInnenbereich und einer massiven Vergabe/Privatisierung von Aufgaben, bleibt. Das bedeutet nichts anderes als einen systematischen Rückbau der WSV durch die Hintertür.

Dabei ignoriert das Konzept des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die große Bedeutung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes für die wirtschaftliche Entwicklung des Standortes Deutschland. Nur mit einer gut ausgestatteten WSV sind die wirtschaftlichen und touristischen Potenziale der Binnen- und Seewasserstraßen in Deutschland zu entwickeln. Standortsichernde Maßnahmen sind ohne die Präsenz der Ämter und Direktionen vor Ort nicht zu leisten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den wesentlichen Anteil, den die Binnenschifffahrt bereits heute am Transportaufkommen aus den deutschen Seehäfen hat. Dies gilt aber auch für die weitere Entwicklung des Wassersports und des Wassertourismus, die sich in den vergangenen Jahren als ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in unserem Land etabliert haben und auf eine durchgehende Befahrbarkeit der Wasserwege und den zuverlässigen Ausbau und Unterhaltung von Schleusen, Häfen, Anlegestellen und Uferbefestigungen angewiesen sind.

Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung ist damit auch ein wichtiger Garant von Arbeitsplätzen in den Regionen, und dies nicht allein als Arbeitgeber für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Außenbezirken, Bauhöfen, Ämtern und Direktionen, sondern auch durch die Sicherung von Beschäftigung in den hafenbezogenen Branchen und der regionalen Wirtschaft entlang der Wasserstraßen.

Um den Anforderungen der See- und Binnenschifffahrt angesichts ökologischer Ziele und eines verstärkten Ausbaus der Tourismuswirtschaft gerecht zu werden, ist das Aufgabenprofil der WSV in den vergangenen Jahren konsequent angepasst worden.

Die bestehende Struktur der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung hat sich angesichts der umfassenden Zuständigkeit für das System Schiff/Wasserweg bewährt. Alle Nutzerinnen und Nutzer der Wasserstraßen, ob regionale Wirtschaft oder Wassersport, sind auf das breit gefächerte Know-how und den engagierten Einsatz der WSV-Beschäftigten vor Ort angewiesen. Die jetzt geplante Reform der Bundesregierung würde die Entwicklung des Wasserstraßennetzes behindern, die Verkehrssicherheit gefährden und die Nutzung der Wasserwege teurer machen – zum Schaden unserer Umwelt, zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrsträgers Wasserstraße und auf Kosten Tausender von Arbeitsplätzen.

Berlin, den 30. Juni 2011

Nein, wir lehnen die Pläne der Bundesregierung für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ab.

Zu den Erstunterzeichnerinnen und Erstunterzeichnern gehören:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB; Martin Assing; Doris Barnett, MdB; Sören Bartol, MdB; MdB; Bärbel Bas, MdB; Dr. Hans-Peter Bartels, MdB; Uwe Beckmeyer, MdB; Klaus Brandner, MdB; Thomas Braner; Bernhard Brinkmann, MdB; Matthias Bromm; Martin Burkert, MdB; Manuela Conterbi; Elvira Drobinski-Weiß, MdB; Garrelt Duin, MdB; Ingo Egloff, MdB; Gernot Erler, MdB; Elke Ferner, MdB; Peter Folz; Sandra Franke; Katrin Furchner; Sigmar Gabriel, MdB; Thomas Giesbert; Günter Gloser, MdB; Ulrike Gottschalck, MdB; Michael Groschek, MdB; Michael Groß, MdB; Hans-Joachim Hacker, MdB; Bettina Hagedorn, MdB; Michael Hartmann, MdB; Dr. Barbara Hendricks, MdB; Gustav Herzog, MdB; Gabriele Hiller-Ohm, MdB; Frank Hofmann, MdB; Josip Juratovic, MdB; Johannes Kahrs, MdB; Lars Klingbeil, MdB; Nicolette Kressl, MdB; Gerd Krewer; Angelika Krüger-Leißner, MdB; Ute Kumpf, MdB; Christian Lange, MdB; Burkhard Lischka, MdB; Manfred Löffler; Achim Meerkamp (ver.di); Ullrich Meßmer, MdB; Gabriele Lösekrug-Möller, MdB; Kai Müller; Torsten Müller (FWSV); Kirsten Lühmann, MdB; Monika Lukas; Holger Ortel, MdB; Michael Reckzeh; Gerold Reichenbach, MdB; Dr. Carola Reimann, MdB; Sönke Rix, MdB; Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB; Karin Roth, MdB; Michael Roth, MdB; Ewald Rothmeier; Swen Schulz, MdB; Rolf Schwanitz, MdB; Stefan Schwartze, MdB; Dr. Carsten Sieling, MdB; Sonja Steffen, MdB; Mathias Stein; Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB; Joachim Storm; Christoph Strässer, MdB; Jens Tschardtke; Waltraud Wolff, MdB; Dagmar Ziegler, MdB; Brigitte Zypries, MdB.

Nr.	Name	Institution	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			
17			
18			
19			
20			
21			
22			
23			
24			
25			
26			
27			

28			
29			
30			
31			
32			
33			
34			
35			
36			
37			
38			
39			
40			
41			
42			
43			
44			
45			
46			
47			
48			
49			
50			
51			
52			
53			
54			
55			

56			
57			
58			
59			
60			
61			
62			
63			
64			
65			
66			
67			
68			
69			
70			
71			
72			
73			
74			
75			
76			
77			
78			
79			
80			